



Gut angekommen. Die zweite und dritte Generation der ehemaligen Gastarbeiter erhebt Ansprüche an die deutsche Gesellschaft – auch in religiöser Hinsicht.

Foto: Imago

Hoffen auf den Euro-Islam

Orientalistentag
in Halle: Wissenschaftler
sehen Reformtendenzen
in der Diaspora

VON ULRIKE FREITAG

Gibt es den globalen Heiligen Krieg der Islamisten? Angesichts der Massaker von Bali bis Beslan vermuten dies heute manche Terrorismusforscher. Dieser Krieg kämpfe unabhängig von den Herkunftsgesellschaften seiner Anhänger gegen „den Westen“ und „die Ungläubigen“. Beim Deutschen Orientalistentag in Halle, der am Freitag zu Ende ging, wurde eine andere Erklärung angeboten. In einer Reihe islamischer Länder – Saudi-Arabien, Pakistan oder Ägypten – gibt es interne und jeweils lokal begründete Konflikte zwischen Islamisten und ihren Regierungen. Auch palästinensische und libanesische Gruppierungen wie Hamas, Islamischer Jihad und Hizbollah sind lokal verortet. In ihren Ursprüngen trifft das aber auch auf Gruppierungen wie al-Qaida und das gegenwärtig im Irak operierende Netzwerk des Jordaniers Abu Musab az-Zarqawi zu.

Das Beispiel zeigt: Nur die Kenntnis der lokalen Politik und der relevanten Biografien macht es möglich, politisch gegen die Rekrutierungsbasen vorzugehen – durch die Entwicklung von Lösungsansätzen für die länderspezifischen Konflikte. Der Berliner Islamwissenschaftler Guido Steinberg rief die Wissenschaftler in Halle auf, sich mit solchen Erkenntnissen stärker in öffentliche Debatten einzumischen und damit falsche Pauschalisierungen zu korrigieren. Tatsächlich bewies der 29. Orientalistentag, der jetzt für eine Woche rund 1000 Wissenschaftler zusammenbrachte, in bislang ungekannter Weise die Öffnung der Asien- und Afrikawissenschaftler für aktuelle Themen.

Dies gilt etwa für die Situation im Nahen Osten und insbesondere im Irak. Generell herrschte eher Skepsis gegenüber der erhofften Demokratisierung von außen. Der Hamburger Politikwissenschaftler Henner Fürtig rief zwar dazu auf, die Chancen eines Neuanfangs im Irak zu erkennen und zu ergreifen. Sonja Hegasy (Berlin) aber beurteilte die amerikanischen Initiativen für eine intensivere kulturelle und politische Zusammenarbeit mit dem Nahen Osten als noch wenig ausgereift. Das zeige etwa der Vergleich zu dem bereits seit 1995 in Barcelona etablierten euro-mediterranen Dialog. Diesen langfristige Ziele, die Etablierung einer Freihandelszone, gepaart mit enger Zusammenarbeit sowohl im politischen und Sicherheitsbereich als auch in Kultur und Wissenschaft, hält Hegasy für vielversprechender. Hier werde eine Vertrauensbasis langfristig aufgebaut, auf deren Grundlage ernst gemeinte Demokratisierungsversuche eine Chance hätten.

Überaus aktuell – in der öffentlichen Diskussion und unter Fachwissenschaftlern – ist auch die Diskussion um die Position von Islam und Muslimen in Europa. In Deutschland ist die gegenwärtige Situation von einem doppelten Übergangsprozess gekennzeichnet. Einerseits erkennen

sowohl die Bundesregierung als auch Muslime, dass islamisches Leben kein vorübergehendes Gastarbeiterphänomen war, sondern hier dauerhaft bleiben wird, andererseits findet unter den Muslimen ein Generationenwechsel statt.

Die zweite und dritte Generation der ehemaligen „Gastarbeiter“ ist endgültig in Deutschland angekommen. Sehr viele haben den deutschen Pass. Sie erheben neue Ansprüche an die Gesellschaft, was die Ausübung der Religion und andere Bereiche der gesellschaftlichen Teilnahme anbelangt. Der Staat verlangt nach einem den Kirchenentsprechenden institutionellen Ansprechpartner. Dabei geht es auch um den islamischen Religionsunterricht in den Schulen. Die unterschiedlichen Herkunft und religiösen Orientierungen schlagen sich aber in einer Vielzahl von Moscheevereinen nieder, die sich in rivalisierenden Dachverbänden organisieren. Mittlerweile, und dies reflektiert den Generationenwechsel, gibt es allerdings Ansätze, über die konfessionellen Differen-

zen hinweg auf der Ebene von Städten und Bundesländern deutschsprachige Organisationen als Repräsentanten der Muslime zu gründen.

Inwieweit hat der Aufenthalt in Europa den Islam verändert? Gibt es gar, wie der französische Islamwissenschaftler Giles Kepel in seinem neuen Buch spekuliert, einen „Euro-Islam“, der als Motor für eine Reform und Modernisierung des Islam insgesamt dienen könnte? Die Antwort auf diese Frage, die der Freiburger Islamwissenschaftler und Publizist Ludwig Amman anhand der unter Muslimen sehr populären Thesen Tareq Ramadans versuchte, gibt Anlass zu vorsichtigem Optimismus. Ramadan, Islamwissenschaftler und Enkel des Begründers der ägyptischen Muslimbrüder, plädiert dafür, die alte Unterscheidung zwischen dem „Haus des Islam“ und dem „Haus des Krieges“ – den nicht unter islamischer Herrschaft stehenden Gebieten – aufzuheben. Stattdessen solle man Europa als „Haus des Bekenntnisses“, der Glaubensfreiheit, sehen. Die Präsenz in Europa verbinde sich mit der Pflicht, das hiesige Recht zu akzeptieren, selbst wenn dies islamischen Vorschriften zuwiderlaufe.

Auch in islamischen Ländern lassen sich Reform-Tendenzen ausmachen. Dabei spielt insbesondere die Vernunft als eine zentrale Instanz bei der Auslegung der heiligen Schrift eine wichtige Rolle, wie Roman Seidel am Beispiel des iranischen Reformers Muhammad Murtaza Shabestari ausführte. Neben theologischen gibt es auch praktische Innovationen, die oft breitenwirksamer sind: Bemerkenswert ist etwa die Gründung säkularer, technisch-naturwissenschaftlich ausgerichteter Schulen für Muslime durch die Anhänger des türkischen Predigers Fethullah Gülen. Der religiös konservative Gülen will Muslime befähigen, sich die technische Moderne anzueignen.

— Die Autorin leitete das Berliner Zentrum Moderner Orient.

ZUKUNFT DER ORIENTWISSENSCHAFTEN

Absolventen sind gefragt

Weltweit ist die Expertise von Orientwissenschaftlern gefragt wie nie zuvor. Auch in Deutschland suchen öffentliche Arbeitgeber vom Auswärtigen Amt bis zu den Polizeibehörden-Mitarbeiter, die die islamische Welt sprachlich und kulturell interpretieren können. Beim Orientalistentag

in Halle bangte die Zunft allerdings um die Zukunft ihrer Fächer an den deutschen Universitäten. Die gegenwärtige Reorganisation der Universitäten bedroht nicht nur die Existenz „kleiner Fächer“, zu denen die Orientwissenschaften gehören – gegenwärtig vor allem in Gießen und

Hamburg. Die Umstellung der Studiengänge auf das verkürzte Modell von Bachelor- und Master-Abschlüssen stelle auch die solide Sprachausbildung in Frage, die bisher deutschen Absolventen im Ausland erhebliche Wettbewerbsvorteile verschaffte, hieß es in Halle. U.F.